

**„Europa neu begründen!****Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!**

So kann, so darf es nicht weitergehen. Das Projekt Europa steht auf der Kippe. Europa befindet sich in einer Existenzkrise. Schon vor Ausbruch der Krise wurden die Weichen falsch gestellt: durch die einseitig auf Geldwertstabilität fixierte Euro-Konstruktion und verfehlte Schulden- und Defizitkriterien, durch falsche wirtschaftspolitische Koordinierung und die sträfliche Vernachlässigung der Sozialunion. Forciert wurde die Krise durch neoliberale Deregulierungspolitik und gewissenlose Gier der Finanzeliten, die gegen Krisenländer spekulieren und eine finanzmarktkonforme Politik erzwingen wollen. Mit dem neoliberalen Leitbild der Unterordnung unter die Dominanz der (Finanz-)Märkte trägt die EU nicht zur Lösung, sondern zur Verschärfung der Krise bei.

Statt Politikfehler und Profitgier als Krisenursachen zu benennen, werden die Staatsdefizite zu einer (Sozial-)Staatsschuldenkrise umgedeutet, um eine desaströse Politik zu legitimieren. Öffentliche Ausgaben sowie Arbeits- und Sozialeinkommen werden durch europäische Vorgaben radikal gekürzt, Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Rentnern werden die Kosten der Bankenrettung aufgebürdet. Dabei folgen vor allem die wirtschaftliche Steuerung (»Economic Governance«) und der von der deutschen Regierung durchgedrückte Fiskalpakt einer Agenda, die die politische und soziale Demokratie in den Mitgliedstaaten irreparabel zu beschädigen droht.

Diese Politik ist verantwortungslos und muss umgehend beendet werden. Sie ist

- wirtschaftspolitisch kontraproduktiv, weil sie privaten und öffentlichen Konsum sowie öffentliche Investitionen und damit Wachstum und Entwicklung stranguliert;
- sozial verantwortungslos, weil sie die Spaltung zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch innerhalb der Länder vertieft;
- demokratiepolitisch destruktiv, weil sie demokratische Verfahren außer Kraft setzt und erkämpfte Errungenschaften der sozialen Demokratie wie Tarifautonomie und soziale Schutzsysteme attackiert.

Im Fall Griechenland bündeln sich die katastrophalen Folgen dieser Politik. Die Ökonomie wurde in eine Rezession getrieben, große Teile der Gesellschaft verarmen, immer mehr Menschen wenden sich mit Bitterkeit von Europa ab und die Demokratie erstickt im Würgegriff der »Troika«.

Diese Entwicklung muss in Griechenland gestoppt werden und darf sich in anderen Ländern keinesfalls wiederholen! Europa muss sich auf einen neuen Entwicklungspfad begeben. Will es als ein solidarisches und demokratisches Projekt eine Zukunft haben, müssen die Weichen politisch neu gestellt werden. Als wirtschaftlich und politisch stärkster Mitgliedstaat trägt Deutschland eine besondere Verantwortung. Wir fordern eine deutsche Politik, die nicht als Treiber der destruktiven Krisenpolitik sondern als Lotse des überfälligen Pfadwechsels agiert!

Wirtschaftspolitisch vordringlich sind folgende Maßnahmen:

- Finanztransaktionen müssen drastisch besteuert werden. Die Finanzmarktakteure müssen als Krisenverursacher zur Finanzierung der Krisenlösung wirksam herangezogen, die Finanzmärkte reguliert sowie der Bankensektor neu geordnet werden.
- Für Staatsanleihen muss die Eurozone gemeinsam bürgen und die Staatsfinanzen müssen von den Kapitalmärkten entkoppelt werden.
- Die europäische Geldpolitik ist neben dem Ziel der Geldwertstabilität auf wachstums- und beschäftigungspolitische Ziele zu verpflichten.

Auch die Gewerkschaften und die Politik in Deutschland sind gefordert. In Deutschland müssen die Löhne wieder stärker steigen als in den vergangenen Jahren, um die ständige Umverteilung zugunsten der Gewinneinkommen zu beenden, den Binnenmarkt zu stärken und Ungleichgewichten in der EU entgegenzuwirken. Ebenfalls unverzichtbar sind eine umfassende Reregulierung des Arbeitsmarktes und eine Zurückdrängung des Niedriglohnssektors und der prekären Arbeit.

Doch diese Maßnahmen reichen nicht aus. Ein Pfadwechsel setzt grundlegendere Veränderungen voraus:

- Um eine Kooperation unterschiedlich produktiver Wirtschaften unter dem gemeinsamen Euro-Dach zu ermöglichen, ist es erforderlich, dass sich die EU zu einer Transferunion weiterentwickelt. Ausgleichszahlungen helfen, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Raums abzubauen. Dabei müssen Pflichten und Rechte von Geber- und Nehmerstaaten gemeinsam vereinbart werden. Den Staaten mit hohen Schulden müssen durch Hilfen neue Entwicklungsperspektiven eröffnet werden.
- Europa braucht eine Demokratieoffensive. Als abgehobenes Elite-Projekt hat die EU keine gute Zukunft. Politische Weichenstellungen dürfen nur unter strikter Beachtung europäischer Verträge und Institutionen getroffen werden. Die Regierungen haben

kein Mandat, Krisenpolitik an den Parlamenten vorbei zu betreiben. In Kernfragen Europas müssen die Bevölkerungen befragt werden.

- Europa muss sich neu begründen! Der Einigungsprozess braucht eine neue identitätstiftende Leitidee. Immer mehr Menschen verbinden mit Europa Staatsschulden, Sozialabbau und Bürokratie. Sie entziehen der EU Sympathie und Zustimmung. Soll Europa eine Zukunft haben, muss aktiv um die Zustimmung und Zuneigung der Menschen geworben werden. In einer europäischen Öffentlichkeit müssen sich die Akteure über eine Leitidee für ein soziales und demokratisches Europa verständigen.

Wir plädieren für eine europäische soziale Bürgerbewegung, die gegen die desaströse Krisenpolitik und für einen radikalen Politik- und Pfadwechsel antritt. Ein erster Schritt auf diesem Weg muss die Ablehnung des Fiskalpakts in seiner gegenwärtigen Form und eine Neuverhandlung des fiskalpolitischen Rahmens sein. Wir fordern von den politisch Verantwortlichen und appellieren an Gewerkschaften und Zivilgesellschaft:

Der Weg Europas in den Ruin muss gestoppt werden – durch mehr wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit und demokratischen Mut! Europa braucht eine öffentliche Debatte über eine neue solidarische und demokratische Zukunft!“

[www.europa-neu-begrunden.de](http://www.europa-neu-begrunden.de)

Dem obigen Aufruf müsste sich eigentlich eine Massenbewegung anschließen, denn die Jahrzehnte lange Umverteilungspolitik drückt auch in Europa immer mehr Menschen an den Rand zur Armut.

Aber wie viele dieser Aufrufe hat es in den letzten dreißig bis vierzig Jahren gegeben? Massenhaft, aber hat sich etwas geändert? Im Gegenteil, die Schere zwischen arm und reich ist immer weiter aufgegangen. Einen großen Teil dazu beigetragen haben die sogenannten sozialdemokratischen Bewegungen, die sich eigentlich für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung einsetzen sollten.

Egal ob die konservativen, die liberalen oder die sozialdemokratischen Parteien die Regierungen alleine oder in einer Koalition führen, die Politik richtete sich immer an den Interessen der Wirtschafts-„Eliten“ aus. Das beste Beispiel dafür ist die Rot-Grüne Koalition in der Bundesrepublik. Unter ihr wurden entscheidende Weichen für eine störungsfreie Umverteilung von unten nach oben gestellt (Hartz IV, Deregulierung der Finanzmärkte, Abbau der Arbeitnehmerrechte, Ausbau der Minijobs und der Leiharbeit...) Diese Politik wurde „notwendig“, weil die Renditebedingungen für das Kapital sich verschlechterte und die Ausweitung der inneren Märkte (durch neue Produkte) und der äußeren Märkte (durch

Konkurrenzvorsprung und Öffnung des Weltmarkts) an Grenzen gekommen war, die eine weitere Renditesteigerung beeinträchtigte. Einen Ausweg bot der boomende Finanzmarkt. Inzwischen ist der gegen die Wand gefahren und die Regierungen greifen den geschädigten Anlegern mit riesigen Summen Steuergeldern unter die Arme, die überwiegend im sozialen Bereich eingespart werden müssen. Diese Politik ist auch die Grundlage für den europäischen Fiskalpakt und den Europäischen Stabilitäts Mechanismus (ESM), der faktisch die Abschaffung der Demokratie bedeutet (siehe Filmbeitrag ESM im Archiv).

Der obige Aufruf versucht die Gegenkräfte zu mobilisieren, aber die Hoffnung auf ein massenhaftes Aufbegehren der bewussten Kräfte bleibt gering. Zu oft wurden die Hoffnungen der Menschen von allen Parteien enttäuscht. Ein notwendiger Umdenkungsprozess, verbunden mit konsequentem politischem Handeln ist zwar überfällig, findet aber nach wie vor keine politischen Mehrheiten. Ein Grund dafür ist der schon öfters an dieser Stelle angesprochene Angriff auf die „Köpfe“ der Menschen durch Meinungsmache der „Geldeliten“ und ihrer Propagandamaschinen (Springer, Bertelsmannstiftung... in der Bundesrepublik).

Es drängt sich der Eindruck auf, dass die sozialdemokratischen Kräfte, ebenso wie die Gewerkschaften und auch die Linken, eigentlich nur die Funktion haben, Unzufriedenheiten aufzunehmen und zu kanalisieren, durch Wortpropaganda zu neutralisieren ohne dass sich in der Praxis etwas ändert. Dafür spricht auch die Verflechtung der sogenannten politischen, der gewerkschaftlichen und der wirtschaftlichen „Führungseliten“, die ihren materiellen Wohlstand abgesichert haben und nicht wirklich an Veränderungen und Umverteilungen interessiert sind.

„Interessant“ ist die Berichterstattung der Medien zu den aktuellen Wahlen in Schleswig-Holstein, in Frankreich und auch in Griechenland, die wie ein Krimi verkauft wurde und dann die immer gleichen Sprechblasen bei der Politikerbefragung nach den ersten Hochrechnungen, erschreckend.

Von extrem spannenden Wahlen wurde in dem nördlichsten Bundesland gesprochen.

„Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber“ (alter Schlachterspruch). Aber was sollen sie machen, wenn sie nur die Wahl haben zwischen „Pest und Cholera“ und dies noch nicht mal erkennen können. Allerdings muss dazu gesagt werden, dass der Teil der Bevölkerung, der von der aktuellen Politik profitiert in der Bundesrepublik immer noch relativ groß ist und die ausgegrenzten Bevölkerungsteile, durch Hartz IV gerade so am Leben gehalten, ihrer Menschenwürde beraubt, kaum Widerstandspotential enthalten.

Anders ist die Situation in den südlichen europäischen Ländern, z.B. in Spanien. Dort sind fast 50 Prozent der Jugendlichen unter 25 Jahren arbeitslos. Sie haben keine Perspektive, können sich keine Zukunft aufbauen, weil die Arbeitsplätze abgebaut werden oder besetzt sind, die Staatsschulden ins Unermessliche gestiegen sind, die Wirtschaft durch die Konkurrenz z.B. aus Deutschland nicht mithalten kann. An den Protesten beteiligen sich wesentlich mehr Menschen als in der Bundesrepublik.

In Griechenland sind zwar die Parteien, die für die von der EU aufgezwungenen Sparmaßnahmen stehen abgewählt worden, aber das griechische Wahlrecht hat wahrscheinlich noch eine Hintertür offen, um den Widerstand gegen diese Politik der EU nicht an die Macht kommen zu lassen. Das werden sich die „Erbauer“ der jetzigen EU auch nicht gefallen lassen. Wenn ihr Propagandaapparat nicht greift, weil die griechische Bevölkerung schon zu sehr gedemütigt wurde, dann wird es entweder zum Ausschluss Griechenlands aus der EU kommen oder eine rechtsnationalistische Machtergreifung (Militärputsch) wird für die Disziplinierung der Griechen sorgen.

Auch in Frankreich werden die Hoffnungen der Menschen gerade wieder enttäuscht. Denn durch den Regierungswechsel von den Konservativen zu den Sozialdemokraten blüht wieder die alte Hoffnung für die Ausgegrenzten oder an den Rand der Gesellschaft gedrängten Bevölkerungsteile auf, dass sich endlich etwas zu ihren Gunsten ändert. Besonders große Hoffnungen setzt auch hier die Jugend auf den neuen Präsidenten Hollande. Aber die Geschichte wird sich wiederholen. Wie schon so oft in der Nachkriegsgegenwart werden die Kräfte umgeleitet. Das weltweite Ausbeutungssystem wird neu justiert, etwas flexibler gehandhabt. Aber die Probleme einer immer wieder an ihre Grenzen geratende Renditesteigerung werden nicht gelöst. Die Krisen werden sich weiter zuspitzen. Bis sich irgendwann, in einem gewaltigen Ausbruch, ihr zerstörerisches Potential endgültig zeigt. Dann wird es zu spät sein und das Klagen wird groß sein.

Hans-Wilhelm Meyer (Mai 2012)

[www.ausbruchsversuche.de](http://www.ausbruchsversuche.de)